

Deutschland braucht jetzt ...



Seyran Ates

Deutschland braucht jetzt endlich mal wieder eine Politik mit politischem Profil, Glaubwürdigkeit und Wahrheiten. Wir einfachen Bürger(innen), denen all zu oft mangelnder politischer Verstand zugestanden wird, wissen, dass uns alle Parteien vor den Wahlen das Blaue vom Himmel versprechen. Und wir wissen, dass es wie mit dem Weihnachtsmann ist: Irgendwann glaubt kein Kind mehr an ihn. Kein Wunder also, wenn Weihnachtsmänner arbeitslos werden und Osterhasen Konjunktur haben. Denn die Hoffnung stirbt zuletzt – wenn es den Weihnachtsmann wirklich nicht gibt, heißt das noch lange nicht, dass es auch keinen Osterhasen gibt. So dürfte das Wahlergebnis zustande gekommen sein. Oder auch nicht. Jedenfalls war die Mehrheit der Menschen, die zu diesem Wahlausgang beigetragen haben, ganz sicher davon überzeugt, dass alles besser werden würde.

Um den Glauben an Politik und vielleicht auch an den Weihnachtsmann wiederzuerlangen, brauchen wir sichtbare, tastbare und spürbare Ergebnisse. Liebe Parteien, egal, ob Sie weiter oder endlich regieren dürfen oder ob Sie nun auf der Oppositionsbank schmollen. Sagen Sie uns bitte die Wahrheit. Nicht nur, dass der mündige Bürger, der eine Wahl getroffen hat, die Wahrheit vertritt, er hat sogar einen Anspruch darauf, ernst genommen zu werden. Wer hat was von welchen Steuererleichterungen, wenn sie überhaupt möglich sind? Wie realistisch ist der Mindestlohn? Und: Haben die Armen in diesem Land wirklich bald mehr Euro in ihren Geldbörsen? Können wir darauf vertrauen, dass unsere Kinder eine gute Bildung bekommen? Wird das friedliche Zusammenleben der vielen Kulturen und Religionen in naher Zukunft besser? Werden Frauen endlich genauso viel verdienen wie Männer? Haben Frauen Chancen, in Aufsichtsräten zu sitzen? Kann der Ausstieg aus der Atomenergie gelingen? Haben die Afghanen eine Chance, wenn der Westen dort Krieg treibt? Und so weiter. Selbst wenn es „nur“ die bittere Wahrheit sein sollte, nämlich, dass es uns in den nächsten Jahren nicht besser gehen kann, weil die Finanzkrise uns noch gar nicht richtig erreicht hat, sagen Sie uns die Wahrheit. Wir haben ein Recht darauf. Sonst wählen wir das nächste Mal vielleicht den Sandmann.

Die Verfasserin (46) ist Juristin und Frauenrechtlerin. Am 16. Oktober erscheint ihr neuestes Buch „Der Islam braucht eine sexuelle Revolution“ im Ullstein-Verlag.

WELT ONLINE

Glauben Sie, dass die neue Regierung das Land erfolgreich regieren wird? Stimmen Sie ab: welt.de/schwarzgelb

Seehofers schleichende Demontage

Noch unterdrückt die CSU eine Personaldebatte – Doch hinter den Kulissen wird längst über einen Wechsel an der Parteispitze nachgedacht

Von Peter Issig und Joachim Peter

BERLIN/MÜNCHEN – Die CSU befindet sich in gefährlichem Fahrwasser: Erst die verlorene Landtagswahl, dann der Führungswechsel – und jetzt noch das desaströse Ergebnis bei der Bundestagswahl. Die spektakuläre Revolte bei der SPD verstellte ein wenig den Blick auf die Partei. Tatsächlich rumort es bei den Christsozialen gewaltig.

Führende CSU-Politiker spekulieren bereits über die Nachfolge von Parteichef und Ministerpräsident Horst Seehofer. Dass Seehofer die CSU als Spitzenkandidat in die Landtagswahl 2013 führen wird, gilt als unwahrscheinlich. Selbst wenn Seehofer die Koalitionsverhandlungen ohne Gesichtverlust übersteht, wird die CSU beginnen, den Führungswechsel vorzubereiten, der spätestens 2012 erfolgen dürfte.

Seehofer selbst antwortete am Tag nach der Bundestagswahl zurückhaltend auf die Frage, ob er in vier Jahren noch einmal antreten will. „Beim besten Willen“, dies wis-

ser er „wirklich heute nicht“. Der 60-Jährige hatte die Partei nach der verlorenen Landtagswahl 2008 einer Rosskur unterzogen und sie vor allem in der Spitze radikal verjüngt. Die Bundestagswahl erklärte er zur Feuerprobe für sich und „die neue CSU“. Die Partei machte mit. Dem „Heilsbringer“ wurden seine Eigenheiten verziehen, zumal das Ergebnis der Europawahl (48,1 Prozent) ermutigend war.

Nach dem desaströsen Ergebnis vom vergangenen Sonntag (42,6 Prozent) ist jedoch jede Euphorie verfliegen. Seehofer ist entzaubert, die Partei wirkt ratlos: Nach der verlorenen Landtagswahl 2008 (43 Prozent) hatte Seehofer seinen Parteifreunden wieder Selbstvertrauen eingehaucht. Doch je länger der Wahlkampf andauerte, desto größer wurde die Skepsis über dessen politischen Kurs. Insbesondere stießen seine scharfen Attacken auf die FDP, mit der Seehofer seit einem Jahr in Bayern koalitiert, auf Unverständnis. In der Präsidentschaftssitzung am vergangenen Montag wurde er dafür auch heftig kritisiert. Allerdings



Der momentane und der künftige Parteichef: Horst Seehofer und Karl-Theodor zu Guttenberg (links)

mühte man sich, Seehofer nicht zu demontieren – jedes Jahr den Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten im Landtag sowie der Fraktionsvorsitz im Landtag stehen dann zur Disposition: „Zu unserem Problem gehört auch, dass die beiden parlamentarischen Gruppen schwach geführt werden, da kommen weder neue Ideen, noch haben sie Seehofer unter Kontrolle gebracht“, sagt ein CSU-Grande, der jede Personaldiskussion natürlich für schädlich hält.

Peter Ramsauer, Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, wurde gerade im Amt bestätigt. Dennoch gilt der Spitzenkandidat der CSU

des Ministerpräsidenten gehen, auch der Landesgruppenvorsitz im Bundestag sowie der Fraktionsvorsitz im Landtag stehen dann zur Disposition: „Zu unserem Problem gehört auch, dass die beiden parlamentarischen Gruppen schwach geführt werden, da kommen weder neue Ideen, noch haben sie Seehofer unter Kontrolle gebracht“, sagt ein CSU-Grande, der jede Personaldiskussion natürlich für schädlich hält.

Peter Ramsauer, Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, wurde gerade im Amt bestätigt. Dennoch gilt der Spitzenkandidat der CSU

nach der Bundestagswahl als geschwächt. Im Wahlkampf agierte er nur in der zweiten Reihe. Ob Ramsauer dritter CSU-Minister im Bundeskabinett wird, ist ungewiss.

Als wenig durchsetzungsfähig gilt auch Georg Schmid, Vorsitzender der CSU im Landtag. Er kündigte zwar an, dass die Fraktion bei der Selbstfindung der CSU wieder eine wichtige Rolle spielen werde. Seine Kritiker glauben, dass diese Ankündigung zu spät kommt. Allerdings haben Ramsauer und Schmid keine „geborenen“ Nachfolger.

Für die Spitzenposten in Partei und Freistaat dagegen gibt es mehr als genug Kandidaten: Senkrechstarter Karl-Theodor zu Guttenberg könnte CSU-Chef werden. Mit seinen 37 Jahren ist er – laut Bayerischer Verfassung – aber noch zu jung, um Ministerpräsident zu werden. Dafür muss er noch drei Jahre warten.

Der 42-jährige Landesumweltminister Markus Söder aus Nürnberg hat zwar diese Altersgrenze schon überschritten. Und er kommt fraglos für ein Spitzenamt im Freistaat

infrage. Dass sich Guttenberg und Söder die Macht teilen, ist aber unwahrscheinlich. Zwei Franken an der Spitze erträgt die CSU nicht. Deswegen bekommt Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon eine Schlüsselrolle, wenn die CSU sich neu aufstellt. Der 41-jährige Münchner gilt als kompetent und verbindlich, allerdings ist er noch nicht bekannt genug.

Noch im Rennen dürfte sich auch der 53-jährige bayerische Innenminister Joachim Herrmann fühlen. „Jetzt komplett auf die Jungen zu setzen wäre falsch, man muss sich mal die Altersstruktur unserer Partei anschauen“, sagt ein CSU-Präsidiumsmitglied.

Als vollkommen unberechenbar gilt in der CSU aber weiterhin Seehofer. Kann er sich quasi neu erfinden, ändert er sich, wird er der souveräne Landesvater oder wird er jetzt den Koalitionsverhandlungen mit dem Mut der Verzweiflung eine CSU-Handschrift aufdrücken? In der FDP rechnet man jedenfalls mit harten Auseinandersetzungen mit dem Bayern.

Nebeneinkünfte: Teilerfolg für Schily vor Gericht

Der ehemalige Innenminister muss als Abgeordneter Honorare aus Anwaltsmandaten offenlegen, aber kein Ordnungsgeld zahlen

Von Martin Lutz

BERLIN – Im Streit um die Offenlegung von Nebeneinkünften hat der ehemalige Innenminister Otto Schily (77, SPD) vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig einen Teilerfolg errungen. Zwar scheiterte seine Klage gegen die Offenlegung von Nebeneinkünften der Bundestagsabgeordneten aus Anwaltsmandaten, aber er muss ein vom Bundestagspräsidium verhängtes Ordnungsgeld in Höhe von 22 000 Euro nicht zahlen.

Denn die Richter sahen eine Ungleichbehandlung, weil die Offenlegungspflicht bislang nur für Einzel-, nicht aber für Sozietätsanwälte gilt. An diesem Punkt müsse das Präsidium die Praxis „umgehend ändern“. Auch Sozietätsanwälte müssten vom Abgeordnetengesetz erfasst werden. Zweiteits urteilte das Gericht, Parlamentarier müssten trotz der Schweigepflicht auch für Anwaltsmandate detailliert Auskunft geben. Sollte dabei in Ausnahmefällen die Verschwiegenheitspflicht verletzt werden, so sei

dies durch den Zweck der Transparenzregeln in dem Gesetz gerechtfertigt. Schily hatte vor Gericht mit seiner Schweigepflicht argumentiert. Es sei rechtlich völlig klar, dass ein Parlamentarier, der nebenbei auch als Anwalt arbeitet, zur Verschwiegenheit verpflichtet sei. Dies habe das Bundesverfassungsgericht bei der Prüfung betont. Dem Anwaltsgeheimnis unterliege auch die mit dem Mandanten getroffene Honorarvereinbarung. Die Vertreter der Bundestags hielten hingegen die Offenlegung unter

Verweis auf die Entscheidung des Verfassungsgerichts für rechtens. Sie wiesen Schilys Argumente zurück, aus der Veröffentlichung der Summen könnten Rückschlüsse auf Mandaten gezogen werden.

Das 2005 von der rot-grünen Bundesregierung, der auch Schily angehörte, novellierte Abgeordnetengesetz sieht vor, dass Nebeneinkünfte ab 1000 Euro pro Monat oder 10 000 Euro pro Jahr dem Bundestagspräsidium detailliert anzugeben sind, das dieses dann anonymisiert und pauschalisiert veröffent-

licht. Schily war dem Gesetz weitgehend nachgekommen, auf seiner Bundestagsseite sind die Nebentätigkeiten korrekt angegeben – nur bei seiner anwaltlichen Tätigkeit fehlt die Höhe des Honorars. Ende 2007 hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) ein Verfahren gegen Schily eingeleitet. Der hatte sich geweigert, vermutete Einkünfte von 140 000 Euro aus einer Beraterstätigkeit für Siemens anzugeben. Schily hatte gemeinsam mit dem scheidenden SPD-Abgeordneten Volker Krönig geklagt.

Nachdenklich vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig: Der frühere Innenminister Otto Schily (SPD) hat sich am Mittwoch vor dem 6. Senat gegen die Offenlegung von Nebeneinkünften der Bundestagsabgeordneten aus Anwaltsmandaten gewehrt



FOTO: DPA

„Da kann die FDP sich auf den Kopf stellen“

Vor den Koalitionsverhandlungen am Montag: Union und FDP stecken das Terrain ab

Von Mariam Lau

BERLIN – Kanzleramtschef Thomas de Maizière (CDU) wird die Koalitionsverhandlungen zwischen Union und FDP moderieren, die ab kommenden Montag beginnen sollen. Er hat Übung darin: de Maizière (55) war es, der in den vergangenen vier Jahren die schwierigen Verhandlungen mit dem gleichstarken Partner SPD in der großen Koalition vorsondiert und moderiert hat. Er gilt als diskret, unabhängig, humorvoll und preußisch-effizient; für politische „Mätzchen“ hat er ebenso wenig Geduld wie seine Vorgesetzte Angela Merkel. Der gelernte Jurist und Historiker war in Sachen nach der Wende Chef der Staatskanzlei und dann Staatsminister für Finanzen, für Justiz und für Inneres. Er ist außerdem Mitglied im Präsidium des Evangelischen Kirchentages. Es heißt, de Maizière habe Ambitionen auf das Amt des Bundesinnenministers. Das wird derzeit noch von Wolfgang Schäuble (CDU) bekleidet, der wiederum wohl nichts dagegen hätte, es noch eine Weile weiterzu-

führen. Schäuble aber steht in der FDP wegen seiner Sicherheitspolitik in der Kritik.

Beide Seiten, Union und FDP, lassen derzeit aus der Peripherie schon verlaunten, wo Schmerzgrenzen verlaufen. Anders als vielfach vorhergesagt, erstarkt in der CDU jetzt, wo die SPD weg ist, nicht der konservative Flügel; sondern die CDA, die Christlich-Demokratische Arbeitnehmererschaft. Ihr Vorsitzender, Karl-Josef Laumann, sagte der „Berliner Zeitung“, die FDP werde ihre Forderung nach Einschränkung des Kündigungsschutzes ebenso wenig durchsetzen wie Änderungen bei der betrieblichen Mitbestimmung. Beim Mindestlohn werde sich die FDP gezwungen fühlen mitzumachen. „Da kann die FDP sich auf den Kopf stellen“, sagte Laumann. Auch Pläne, das Arbeitslosengeld II und die Sozialhilfe in einem Bürgergeld zusammenzufassen oder Betriebsräte in Kleinbetrieben abzuschaffen, seien unannehmbar. Ganz schwierig werde es in der Gesundheitsversorgung. „Wir werden sehr darauf achten, dass wir ein gutes solidarisches Ge-

sundheitssystem behalten. Die private Krankenversicherung kann nicht über die gesetzliche Krankenversicherung gestellt werden.“

Karl-Josef Laumann ist nicht irgendwer. Er ist das Herz hinter dem Hirn von Jürgen Rüttgers, dem Ministerpräsidenten und selbst ernannten „Arbeiterführer“ von Nordrhein-Westfalen, für den mit der schwarz-gelben Koalition im Bund die Gefahr einer Niederlage bei den Landtagswahlen im Mai



Kanzleramtschef de Maizière wird die Koalitionsverhandlungen moderieren

FOTO: DPA

nächsten Jahres eklatant zugenommen hat. Je „kälter“ sich Schwarz-Gelb in Berlin präsentiert, desto wahrscheinlicher wird ein rot-grünes Bündnis in Düsseldorf. Die Forderungen der FDP werden aber auch aus der CDU unterstützt. Mittelstandspolitiker Michael Fuchs erklärte in der „Frankfurter Rundschau“, man sehe „beim Kündigungsschutz Reformbedarf“.

Kein Wunder, dass es gerade die NRW-FDP in Gestalt des FDP-Vize und Wissenschaftsministers Andreas Pinkwart war, der in der „Bild“-Zeitung die Vorstellungen der Kanzlerin in Sachen Gesundheitsfonds, Mindestlöhne und Kündigungsschutz kritisierte. „Ergebnis der Verhandlungen muss ein echter Neuanfang und Aufbruch sein. Die Union kann nicht von vornherein ganze Politikfelder abschließen und für nicht verhandelbar erklären. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Union sollten verbal abrüsten.“ Aus der CDU-Spitze in Berlin hieß es dazu eher lapidar, beide Seiten gingen in die Verhandlungen mit dem Wunsch nach Erfolg.

Berliner Karussell

Das Personalfragen bei Koalitionsverhandlungen erst zum Schluss verhandelt werden, ist einer der größten Schwindel, den es im Politikgeschäft gibt. Es geht von Beginn an um kaum etwas anderes, aber natürlich will das niemand zugeben. Die Schwierigkeit besteht also darin, die eigenen Ansprüche herunterzuspielen, die innerparteilichen Gegner schachmatt zu setzen und sich bei allem nicht erwischen zu lassen. Man nennt das die Kunst der Intrige. Und die funktioniert beispielsweise so: Man behauptet, dass Josef Hecken (CDU), der früher Gesundheitsminister im Saarland war, jetzt Chef des Bundesgesundheitsamts ist und bald Bundesgesundheitsminister sein könnte, dass also dieser Josef Hecken sich mit den „Taliban“ getroffen habe. Um dieses Gerücht richtig einschätzen zu können, muss man wissen, dass die drei engsten Mitarbeiter der Noch-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) Vollbärte und Halbglätze tragen und ihre Gegner ihnen eine gewisse politische Verschlagenheit nachsagen. Mit diesen „Taliban“ also soll Hecken gewissermaßen im Alleingang die Übernahme des Ministeriums

geplant haben. Das wiederum soll Ursula von der Leyen (CDU) behauptet haben, die angeblich auch Gesundheitsministerin werden kann und den undankbaren Posten – auch das ein Gerücht – auf jeden Fall haben will. Die Wahrheit? Hecken hat sich mit den Verdächtigen getroffen, aber genau das ist auch sein Job. Der Rest ist Dementi.

Was haben die Berliner ihren Thilo Sarrazin (SPD) vermisst. Der letzte freche Spruch des Ex-Finanzsenators liegt schon mehr als eine Woche zurück. Sarrazin, bis vor einem halben Jahr noch in der Hauptstadtregierung, schien nach seinem Wechsel in den Vorstand der Bundesbank fast seriös geworden zu sein. Doch keine Sorge, dem ist nicht so: „Berlin wird niemals von den Berlinern gerettet werden können“, prognostiziert er jetzt in einem Interview mit der Zeitschrift „Lette International“. Berlin sei belastet von der „68er-Tradition und dem Westberliner Schlafpfaktor“. Die Stadt sei „nicht elitär aufgestellt“, sondern „eher plebejisch und kleinstädtisch“. Noch besser: In Berlin fänden „40 Prozent aller

Geburten in der Unterschicht statt“, und dieser Nachwuchs fülle die Schulen. Ein ewiger Kreislauf also. Sarrazin empfiehlt eine Frischzellenkur: Der Intellekt, den die Stadt brauche, müsse importiert werden. Sie selbst zählt Sarrazin offenbar nicht dazu, sonst hätte er Berlin nicht den Rücken gekehrt. Berlins CDU-Chef Frank Henkel rief ihm nach: „Wir scheuen uns weder, Intellekt zu importieren, noch Stumpfsinn zu exportieren.“ Die Bundesbank teilte mit, Sarrazin vertrete nicht ihre Ansichten.

Nachdem es geht doch. Seit Jahren klagten die Volksparteien über Mitgliederschwund. Die SPD hat nun endlich das passende Gegenmittel gefunden: Man muss nur ein paar krachende Wahlniederlagen hinlegen, dann kommen die Mitglieder wie von selbst. Die SPD in Bayern etwa, ohnehin eine erfolgsvorwehnte Truppe, verzeichnet seit der Bundestagswahl ein Interesse an einer Mitgliedschaft wie noch nie. Mehrere Hundert Menschen seien in den vergangenen Tagen neu eingetreten, verkündet ein Parteiprecher. Wir gratulieren. *phn*